Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 89 (2009)
Heft: 969

Artikel: Bürgerliches Trauerspiel
Autor: Stürmer, Michael
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-168268

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gen in dieser Selbstbeziehung, die sie eben zu einer Blase macht. So wird das Realitätsprinzip schrittweise ausgehebelt; nichts anderes gilt mehr als die durch meine Investments erfundenen Finanzprodukte.

Diese Allmachtsphantasie beseelt nicht nur den Trader, sondern auch jene, die ihn diesen Weg gehen liessen; nicht nur die Führer der Finanzinstitutionen, sondern auch die politischen, akademischen und publizistischen Autoritäten, die darin kein Problem erkannten. Die performative Ideologie – «es existiert, weil wir es sagen» – hat die Verwestlichung der Erde seit dem Ende des Kalten Krieges beherrscht. Man sagte sich: Nun, da das Feindbild in sich zusammengefallen ist, gehört die Zukunft uns, und alle Gefahren haben sich in Luft aufgelöst.

Die Postmoderne, die sich jenseits von Gut und Böse, jenseits von Wahr und Falsch situiert, bewohnt eine kosmische Blase. Es wäre gut, wenn die Angst vor einer allgemeinen Krise die Gelegenheit böte, die mentale Blase der Postmoderne zu verlassen – wenn sie die Euphorie unserer frommen Wünsche wegspülte und uns zu einer klaren Sicht verhülfe. Aber auch das ist wohl nicht viel mehr als ein frommer Wunsch. Dennoch sollten wir nicht, wie viele Menschen in den 1920er Jahren, vor einer umsichgreifenden Katastrophenstimmung kapitulieren. Gewiss, Geschichte ist tragisch, wie uns Aeschylus und Sophokles lehrten und lehren. Und ja, sie ist sie dumm, wie Aristophanes und Euripides wussten. Kein Würfelwurf, kein göttlicher Akt und keine mathematisch neudefinierten Finanztechniken können Chance, Korruption und Unglück aus der Welt schaffen; die Vorsehung des Aktienmarktes kann uns nicht eher retten als jene des Staates.

> Kein göttlicher Akt und keine mathematisch neudefinierten Finanztechniken können Chance, Korruption und Unglück aus der Welt schaffen.

Dieser Satz von Platon sollte über der Eingangstüre aller künftigen G20-Treffen stehen: *«Die einzig richtige Münze, gegen die man alles eintauschen muss, ist die Vernünftigkeit.»*

aus dem Englischen übersetzt von René Scheu

ANDRÉ GLUCKSMANN, geboren 1937, ist ein französischer Philosoph und Autor u.a. von «Hass. Die Rückkehr einer elementaren Gewalt» (2005).

> Der Sozialstaat wächst. Der Wohlstand schwindet. Die Privatsphäre auch. Bürgerliche Tugenden sind passé. Was bleibt, ist das Diktat des Misstrauens.

Bürgerliches Trauerspiel

Michael Stürmer

Die Spätblüte in Deutschland, die unter Kanzler Adenauer eintrat, kommt zum Ende. Vorbei ist das freundliche Werben der frühen Jahre um Geneigtheit und Vertrauen der Nachbarn, vorbei auch das Erhardsche «Wohlstand für alle». Der Kapitalflucht folgt die Steuerflucht, dieser die Flucht der Leistungseliten. Letztere ist das ernsteste Zeichen – jährlich an die 150'000 – und von der Politik am wenigsten wahrgenommen.

Als General de Gaulle 1958 aus Colombey-les-deux-Eglises ins Elysée zurückkehrte, eröffnete er die erste Kabinettssitzung mit der Massgabe: *«Il faut faire le travail d'un psychiatre.»* Ähnliches hat, mit noch mehr Grund, in denselben Jahren Kanzler Adenauer gedacht und getan. Zuletzt hat Helmut Schmidt das Thema aufgegriffen: «Wir Deutschen sind ein gefährdetes Volk.» Wenn Berlin das Experimentallabor der Zukunft ist, mit mehr als der Hälfte Transferempfängern und einem politischen Klima der Gehässigkeit, dann müssen sich die Deutschen und ihre Nachbarn mit dem Gedanken vertraut machen, dass die besten Zeiten vorbei sind.

Die Verteilungskämpfe werden schärfer, der Ton wird ruppig. Nach innen dröhnt Rhetorik des Klassenkampfs, nach aussen wilhelminisches Auftrumpfen. Noch bleiben solche Töne den kleinen Nachbarn vorbehalten – Frankreich, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten sind zu gross, um ihnen mit der Kavallerie zu drohen oder der Erinnerung, früher habe man die Soldaten geschickt. Was das alles aber für Europa und den Umgang unter den Nationen bedeutet, ist nicht schwer vorauszusagen. Für die Meteorologie mag *global warming* gelten, die sozial-moralische Grosswetterlage über Europa hingegen wird kalt.

Regierungen fürchten finanzielle Schieflagen und ein Ende der sozialpolitischen Palliative, danach Unzufriedenheit, Unregierbarkeit und Krise der freiheitlichen Demo-

kratie. Daher suchen sie die Beruhigungsdroge Geld, wo immer sie sie zu finden hoffen.

Beim G20-Gipfel waren die Europäer für mehr Regulierung, Briten und Amerikaner für mehr Staatsintervention. Einig war man sich über den Exitus des Bankgeheimnisses, das ohnehin längst in den meisten Staaten Europas nur noch nominelle Bedeutung hatte und keiner Steuerprüfung standhielt. Neu sind der grenzüberschreitende Anspruch und die in Aussicht gestellten Sanktionen, falls diesem nicht entsprochen wird. Die rhetorischen Entgleisungen waren vielleicht noch scherzhaft zu verstehen. Die Sache selbst ist ernst.

Denn wenn der Staat jeden Steuerzahler als potentiellen Missetäter behandelt, nimmt er sich eben jene moralischen Grundlagen, die er selbst nicht schaffen kann. Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.

Das Bankgeheimnis war Symbol für die Vertraulichkeit der Geschäfte. Es ist, wie die Privatwohnung, ein Refugium, Inbegriff der Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre. Das Ende der bürgerlichen Epoche hat viele Gesichter, auch das des verlorenen Vertrauens. Dieser Abschied ist Anlass zu mehr als dem zynischen Achselzucken, es sei «Datenschutz» ohnehin nur ein leeres Wort, oder die unschuldige Bemerkung, man habe nichts zu verbergen. Es ist daran zu erinnern, dass die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts jedes Bankgeheimnis kassierten, an das sie kamen, weil sie es als Zelle bürgerlicher Privatheit erkannten. Demokratie oder nicht – der moderne Steuerstaat hat die Tendenz, sich hemmungslos auszubreiten, jeden Lebensvorgang zu kontrollieren und die – um Bismarcks frühe Warnung zu zitieren – *misera contribuens plebs* unter Generalverdacht zu stellen und zu drangsalieren.

Die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts kassierten jedes Bankgeheimnis, an das sie kamen, weil sie es als Zelle bürgerlicher Privatheit erkannten.

Steuern sind zu zahlen, keine Frage. Man muss es ja nicht lächelnd tun. Es reicht, dass der Staat das Vertrauen, das ihm in steiler Progression finanziell übertragen wird, durch verantwortlichen Umgang rechtfertigt. Dieser Sozialvertrag ist Grundlage der Legitimität. Solange der Fiskus sich als Verwalter von Vertrauen versteht und nicht als vorgesetzte Behörde, solange die Regierenden sich bewusst sind, dass sie mit anvertrautem Geld anderer Leute umgehen, und solange das Postulat der Gerechtigkeit nicht Vorwand wird für schleichende Enteignung, ist das alles recht und billig. So galt es in den frühen Jahren der Bundesrepublik. Die Deutschen waren, anders als manche Nachbarn, musterhaft in ihrer Gesetzestreue.

Der deutsche Finanzminister, getrieben von Geldnot und Umverteilungswillen, nutzte «9/11», den Druck des amerikanischen Internal Revenue Service und die Angst vor Terror, um die Reste des Bankgeheimnisses, soweit sein Arm reicht, zu beseitigen. Die frei gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die sich selbst nicht geringe Pauschalsummen bewilligten, wie sie sonst niemandem zustehen, fügten zum Schaden den Spott und verabschiedeten das Ganze unter dem neckischen Titel «Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit».

Bankgeschäft ist Vertrauenssache, Spätblüte der Kultur, und sehr fragil. Nicht umsonst spricht man von Banknoten und nicht von Staatsnoten. Dahinter steht die Erfahrung finanzieller Misswirtschaft und sozialer Zusammenbrüche. Dante versetzte in der «Göttlichen Komödie» die Geldverschlechterer in den untersten Kreis der Hölle. Zu den vier Reitern der biblischen Apokalypse gehört neben Pest und Krieg die Teuerung.

Bankiers Geld anzuvertrauen, mussten die Menschen erst lernen. Solange die Steuern gering waren, blieb wenigstens der Staat aus dem Spiel. Das änderte sich noch vor dem Ersten Weltkrieg. David Lloyd George brachte 1911 in England das *«Butcher's Budget»* ein. Im Krieg kannte Not kein Gebot. Danach war es der Daseinsvorsorge- und Umverteilungsstaat, der gewisse Menschen rettete und zugleich alle entmündigte. Dem Totentanz an den Fronten folgte das Siechtum der bürgerlichen Lebensformen.

Erst Marshall-Plan, Währungsreform und Bundesbank leisteten die Arbeit eines Psychiaters. Jacques Delors, ehemals Präsident der EU-Kommission, sagte einmal zu Beginn der Euro-Zeit: «Nicht alle Deutschen glauben an Gott. Aber alle glauben an die Bundesbank.» Vorbei auch das.

Inflation wartet auf ihre Zeit. Die Menschen frösteln, wenn sie an das Morgen denken. Der Rentenstaat lässt wissen, dass auf ihn nicht zu bauen ist. Vertrauen und Vertraulichkeit gehen den Weg alles Irdischen, zusammen mit den Umgangsformen gegenüber missgünstig beäugten kleinen Nachbarn. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, dass sich unter dem Rock der mächtigen Britannia nicht weniger als 14 (in Worten: vierzehn) intransparente Jurisdiktionen verbergen. Manche Staaten der USA – namentlich Wisconsin, Delaware und Nevada – folgen Regeln, die nur noch, wie der Londoner «Economist» anmerkte, Somalia unterbietet.

Jene toxischen Unwertpapiere, mit denen alles begann, haben mit dem Bankgeheimnis nichts, mit miserabler staatlicher Finanzaufsicht alles zu tun. Der Idee, Staat und Politiker, wenn man sie nur liesse, könnten alles richten, haben die deutschen Landesbanken, denen es an Politik-Aufsicht nicht fehlte, den Boden entzogen.

Was wir erleben, ist ein bürgerliches Trauerspiel.

MICHAEL STÜRMER, geboren 1938, ist emeritierter Professor für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Erlangen-Nürnberg und Autor u.a. von «Welt ohne Weltordnung» (2006).